

Atomstrom kostet doppelt

Expertenkommission bereitet offenbar »Finanzpakt« vor, der Beteiligung der Energiekonzerne an Langzeitkosten des Ausstiegs aus Kernenergie nicht vorsieht. jW-Bericht



Radioaktive »Großkomponenten« : Reaktoren und Dampferzeuger aus rückgebauten Atommeilern, die auf dem Gelände des ehemaligen AKW Lubmin zwischengelagert werden Foto: Jens Büttner/dpa

Strom aus Atommeilern war für die Erzeuger bislang höchst profitabel – weshalb die großen Energiekonzerne auch gegen den von der Bundesregierung verfügten Ausstieg aus der Kernkraft geklagt haben. Künftig dürfte seine Herstellung jedoch erheblich teurer werden, denn RWE, Vattenfall und Co. sollen Milliardenbeträge in einen Fonds einzahlen, aus dem die Endlagerung des Atommülls finanziert werden soll.

Am Montag wurden Details eines »Entsorgungsfinanzpakts« bekannt, dessen Eckpunkte die von der Bundesregierung berufene »Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs« voraussichtlich am 29. Februar offiziell vorstellen wird. Was da durchgesickert ist, ruft bei Umweltverbänden und Linkspartei Empörung hervor. Denn es läuft – wie bereits erwartet (siehe jW vom 18.2.) – darauf hinaus, dass der Steuerzahler zu großen Teilen für die Atomausstiegskosten aufkommen muss.

Nach Informationen der *Deutschen Presseagentur (dpa)* will die **Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin (Grüne)** den Konzernen vorschlagen, dass sie für den Rückbau der AKW sowie für die Atommüllbehälter allein verantwortlich sein sollen. Im Gegenzug würde der Staat die End- und Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente übernehmen und dafür einen zunächst von den Konzernen finanzierten öffentlich-rechtlichen Fonds auflegen. In diesen müssten die vier großen Versorger RWE, E.on, Vattenfall und EnBW bis zum Jahr 2022 einen Teil ihrer Rückstellungen für die Abfallentsorgung »in geldlicher Form« einzahlen. Das Risiko möglicher Mehrkosten für die

Endlagerung soll aber »ab einem gewissen Zeitpunkt« der Staat übernehmen. *Reuters* berichtete über finanzielle Details im Entwurf für den Abschlussbericht der Kommission. Demnach ist eine Haftung der AKW-Betreiber bis zum Doppelten der bisher für Zwischen- und Endlagerung vorgesehenen Rückstellungen vorgesehen. Bereits die Zwischenlagerung des Atommülls wird demnach dem Staat übertragen. Die Unternehmen erhielten so Planungssicherheit, die Gefahr einer Pleite mit größeren Risiken für die Steuerzahler würde gemindert, zitieren verschiedene Medien aus dem »Pakt«-Entwurf.

Voraussetzung für den Vertragsschluss wäre, dass die Stromerzeuger sämtliche anhängigen Klagen gegen den Atomausstieg zurückziehen.

Scharfe Kritik an den Plänen übte der Linke-Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel. Er nannte den vorgeschlagenen Deal ein »milliardenschweres Steuergeschenk, das man nur als illegale Subventionierung bezeichnen kann«. Das Netzwerk »Ausgestrahlt – gemeinsam gegen Atomenergie« forderte am Montag in einer Presseerklärung, die Kraftwerksbetreiber müssten mindestens doppelt so viel Geld wie bisher veranschlagt in den geplanten Fonds einzahlen. Darüber hinaus müsse es eine »Nachschusspflicht der Konzerne beziehungsweise ihrer Nachfolger und Abspaltungen« geben. Nur so bleibe das Verursacherprinzip gewahrt. BUND-Chef Hubert Weiger bezeichnete die Kommissionsvorschläge schlicht als »inakzeptabel«. Die Kosten für Stilllegung und Rückbau der AKW sowie die Entsorgung des Atommülls werden von der Kommission auf fast 49 Milliarden Euro geschätzt. Die vier Großversorger haben zusammen bislang gut 38 Milliarden Euro an Rückstellungen für die Altlasten gebildet. (Mit dpa und Reuters)